

gesetzliche Vorschriften der Einzelstaaten geregelte und noch heute praktizierte Wahlmodus geht auf die Zeit der Konstituierung der USA bzw. auf die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Seit 1824 werden die Wahlmänner von den wahlberechtigten Bürgern gewählt (vorher von den Parlamenten der Einzelstaaten), und seit 1836 gilt in allen Einzelstaaten die Regel, daß demjenigen Präsidenten-kandidaten, der in einem Staat die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt, in diesem Staat alle Wahlmännerstimmen zufallen.

Eine Konsequenz dieses völlig antiquierten Verfahrens ist die Möglichkeit eines „falschen Gewinners“ (wrong winner). Ein Kandidat der beiden großen Parteien kann die Mehrheit der Wählerstimmen erhalten, jedoch nur eine Minderheit der Wahlmännerstimmen. Dies war zuletzt im Jahre 1888 der Fall, als der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Benjamin Harrison, mit 233 Wahlmännerstimmen (von 401) den Sieg davontrug, obwohl der Kandidat der Demokratischen Partei rund 100 000 Wählerstimmen mehr erhalten hatte (aber nur 168 Wahlmännerstimmen).

Eine Übersicht über die letzten Präsidentenwahlen zeigt, daß es zumindest 1960 und 1968 nur einem Zufall zuzuschreiben ist, daß nicht der Kandidat mit dem geringeren Stimmenanteil Präsident der USA wurde.

Jahr	Demokraten		Republikaner	
	Stimmen (Prozent)	Wahlmänner	Stimmen (Prozent)	Wahlmänner
1960	49,72 John F. Kennedy	303	49,55 Richard M. Nixon	219
1964	61,05 Lyndon B. Johnson	486	38,47 Barry Goldwater	52
1968	42,72 Hubert H. Humphrey	191	43,41 Richard M. Nixon	301
1972	37,34 George McGovern	17	61,26 Richard M. Nixon	521
1976	50,09 James E. Carter	297	48,8 Gerald Ford	241

Vor allem wegen der Möglichkeit des „wrong winner“ stößt das antiquierte Wahlverfahren zur Präsidentenwahl auch in den USA auf Kritik. Eine Beseitigung dieses in der USA-Verfassung verankerten Wahlmodus ist allerdings immer wieder daran gescheitert, daß von ihm eine beträchtliche stabilisierende Wirkung auf das Zweiparteiensystem ausgeht. Alle Versuche (zuletzt im Juni 1979), eine Direktwahl des Präsidenten einzuführen, scheiterten an der fehlenden Zweidrittelmehrheit im Kongreß.

Das gegenwärtige Verfahren richtet das Wählerverhalten ganz auf die Kandidaten der Republikaner und der Demokraten aus und zwingt divergierende Fraktionen innerhalb dieser Parteien immer wieder, sich unter dem Dach ihrer Partei zu einigen. Die Einführung einer Direktwahl könnte auch zu einer Beseitigung der antidemokratischen Barrieren gegen dritte Parteien in den Einzelstaaten führen. Politologen der USA befürchten vor allem, daß eine Direktwahl den Zusammenhalt der Demokratischen und der Republikanischen Partei zerstören und den Kandidaten dritter Parteien reale Chancen einräumen würde: „Eine der starken Seiten des gegenwärtigen Systems ist die, daß es zum Kompromiß zwingt, indem es alle Minderheiten, die ihre Grenzen nicht einhalten, bestraft. Die direkte Wahl könnte durchaus ein kontinental-europäisches Modell (des Parteiensystems — E. L.) bringen.“²²

Der Präsident der USA ist das Staatsoberhaupt desjenigen Staates, der an der Spitze der internationalen Monopolbourgeoisie steht und nach wie vor das Hauptbollwerk des

Imperialismus gegen den revolutionären Weltprozeß bildet. Die Struktur des amerikanischen Regierungssystems verschafft dem Präsidenten dabei eine außergewöhnliche Machtfülle: Er ist nicht nur Staatschef, sondern zugleich auch Ministerpräsident, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und in gewissem Sinne auch Führer seiner Partei; er beansprucht das Recht, die Außenpolitik zu bestimmen, den Haushalt aufzustellen und den Gesetzgebungsprozeß zu leiten.

Die Präsidentenwahlen in den USA sind aus dieser Sicht weitaus mehr als lediglich das „größte Schauspiel in der amerikanischen Politik“.²³ Sie sind der Weg, der zur Inbesitznahme der höchsten Staatsfunktion in den USA führt. Das geltende Nominierungs- und Wahlverfahren hat bisher immer gesichert und sichert auch in diesem Jahr, daß das einflußreichste Amt in der Welt des Kapitals stets einem Politiker zufällt, der dieses im Interesse der Monopole, als „Oberhaupt der amerikanischen Milliardäre“²⁴ verwaltet.

- 1 J. D. Lees, *The Political System of the United States*, London 1975, S. 174.
- 2 Erklärung der Kommunistischen Partei der USA, *Daily World* vom 30. November 1976.
- 3 Das neue Programm der Kommunistischen Partei der USA, Berlin 1971, S. 97.
- 4 Vgl. Autorenkollektiv, *Das politische System der USA*, Berlin 1980, S. 133 f.
- 5 Vgl. Autorenkollektiv, a. a. O., S. 219.
- 6 Vgl. z. B. N. W. Polsby/A. Wildovsky, *Presidential Elections*, New York 1976, S. IX; H. E. Alexander, *Financing Politics*, Washington D. C. 1976, Vorwort.
- 7 Vgl. H. E. Alexander, a. a. O., S. 193; *Horizont* 1980, Nr. 36, S. 20.
- 8 Vgl. H. E. Alexander, a. a. O., S. 205.
- 9 Für eine Spende von 400 000 Dollar sollte Richard Nixon die Einleitung eines Anti-Trust-Verfahrens gegen den ITT-Konzern vor dem Obersten Gericht der USA (Supreme Court) verhindern.
- 10 Vgl. H. E. Alexander, a. a. O., S. 248.
- 11 Vgl. H. E. Alexander, a. a. O., S. 252; USA-Wahlen 1980, Bonn 1980, S. 21.
- 12 Vgl. W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 36, Berlin 1967, S. 218.
- 13 Berechnet nach U. S. News & World Report vom 31. März 1980, S. 36.
- 14 Dies zeigt folgende Übersicht:

Jahr	Zahl der Vorwahlen		Anhänger der Anhänger der	
	Demokraten	Republikaner	Demokraten	Republikaner
1960	15 und D. C.	5,7 Mill.	5,5 Mill.	5,5 Mill.
1964	16 und D. C.	6,2 Mill.	5,9 Mill.	5,9 Mill.
1968	14 und D. C.	7,5 Mill.	4,5 Mill.	4,5 Mill.
1972	20 und D. C.	6,2 Mill.	16,0 Mill.	16,0 Mill.
1976	26 und D. C.	10,4 Mill.	16,1 Mill.	16,1 Mill.

Nach „Politics in America“, in: Congressional Quarterly, Mai 1979, S. 130 ff. Nicht einbezogen sind in diese Übersicht die Staaten mit sog. Delegierten-Vorwahlen (delegate selection primaries): Alabama, New York und Texas.
- 15 Dies zeigt folgende Übersicht:

Jahr	Demokraten	Republikaner
1968	38 Prozent	34 Prozent
1972	61 Prozent	53 Prozent
1976	73 Prozent	68 Prozent
1980	76 Prozent	76 Prozent

Nach M. P. Fiorina, „The Decline of Collective Responsibility in American Politics“, in: *Daedalus*, Sommer 1980, S. 29.
- 16 Vgl. S. Hess, *The Presidential Campaign*, Washington D. C. 1978, S. 106.
- 17 So E. Kirkpatrick, zitiert nach: J. Gudkow, „Das kleinere Übel“, *Neue Zeit* (Moskau) 1980, Heft 15, S. 9.
- 18 Vgl. *Nomination and Election of the President and Vice President of the United States*, Washington 1976, S. 366 f.
- 19 Vgl. *Nomination and Election* . . . , S. 316 f.
- 20 Vgl. ND vom 26. März 1980.
- 21 *Nomination and Election* . . . , S. 137.
- 22 N. W. Polsby/A. Wildovsky, a. a. O., S. 248.
- 23 S. J. Brams, *The Presidential Election Game*, New Haven und London 1978, S. 1.
- 24 W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 28, Berlin 1959, S. 57.

Neuerscheinung im Staatsverlag der DDR

W. A. Kutschinski:
 Persönlichkeit, Freiheit, Recht
 104 Seiten; EVP (DDR): 6,20 M

Auf der Grundlage der Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Lehre über Freiheit und Verantwortung der Persönlichkeit sowie unter Berücksichtigung der Verfassung der UdSSR von 1977 behandelt der Autor wichtige theoretische Fragen der Rechtsstellung der Bürger im Sozialismus. Rechtsfähigkeit und Rechtsstatus der Persönlichkeit sowie subjektive Rechte und Pflichten der Bürger des sozialistischen Staates werden als rechtliche Widerspiegelung der Einheit von sozialer und persönlicher Freiheit dargestellt. Im letzten Kapitel, das den Wechselbeziehungen zwischen Freiheit und Persönlichkeit und juristischer Verantwortlichkeit gewidmet ist, werden Begriff, Inhalt und Stadien der juristischen Verantwortlichkeit ausführlich untersucht.